

Soziale Arbeit in Sammelunterkünften für geflüchtete Menschen im Umgang mit der Corona-Pandemie

Gegenwärtige Zustände und Forderungen

Nähere Informationen und Auswertung der Online-Umfrage

05. Mai 2020

Herausgegeben von: Fachbereich Migration und Flucht im Funktionsbereich Inklusion

Ansprechperson: Luca Gefäller (migration@dbsh.de)

Der „Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.“ (DBSH) beurteilt die gegenwärtige Lage in Wohneinrichtungen für geflüchtete Menschen als kritisch, da der Schutz vor Infektion mit dem Corona-Virus nicht flächendeckend gewährleistet ist und unzureichende Bedingungen für Schulbildung herrschen. Der DBSH fordert Verantwortliche bei Trägern und Landesregierungen auf, die Grundrechte von geflüchteten Menschen zu schützen und Fachkräfte zu unterstützen.

Kurzpräsentation der Umfrageergebnisse

Der Fachbereich „Migration und Flucht“ des DBSH hat vom 20. - 27.04.2020 online Fachkräfte nach der gegenwärtigen Lage in Sammelunterkünften für geflüchtete Menschen in Deutschland befragt. Die Rückmeldungen lassen Schlüsse auf wichtige Problemlagen im Kampf gegen die Ausbreitung des Corona-Virus sowie die besondere Betroffenheit der Bewohner*innen zu. Eine „statistische Repräsentativität“ ist nicht gegeben, da die Umfrage auf freiwilliger Basis mit dem Anspruch der zeitnahen Verfügbarkeit der Ergebnisse durchgeführt wurde.

Es sind Ergebnisse aus allen Bundesländern mit Ausnahme von Schleswig-Holstein und dem Saarland enthalten. Die 214 Rückmeldungen kamen von Fachkräften aus unterschiedlichen Formen von Unterkünften. Die große Mehrheit der Antworten kam aus Sammelunterkünften mit 100-500 Plätzen in Mehrbettzimmern sowie teilweise Apartments und Einzelzimmern. Es wird jedoch auch aus diversen Unterkunftsformen berichtet, von WGs für wenige Personen bis zu großen Massen-Erstaufnahmen (in sieben unterschiedlichen Bundesländern) mit bis zu 1500 Betten. Im Folgenden stellen wir die wichtigsten Erkenntnisse vor, aus denen sich klare Forderungen ableiten lassen.

Wie ist die Lage insgesamt?

Etwas mehr als die Hälfte der Sammelunterkünfte haben zwar ein Konzept bzw. Maßnahmen zur Eindämmung des Virus und zum Umgang mit Infektionen. Jedoch kommt es in manchen Fällen bereits zu desolaten Zuständen, die zeigen, dass die Maßnahmen nicht ausreichen. Einzelne Befragte berichten von Panik aufgrund von unbehandelten infizierten Mitbewohner*innen und gegenseitigen Schuldzuweisungen unter Bewohner*innen. Ebenso schockiert der Bericht über die Verlegung eines Infizierten in eine Isoliereinrichtung, wo er mit 30 anderen mutmaßlich infizierten Menschen, aber ohne ärztliche Versorgung verweilen musste.

Die sozialen Effekte der Krise unter geflüchteten Menschen in Lagern reichen von Gereiztheit und vermehrten Konflikten bis zur Zunahme von Suchtmittelkonsum, Depression und Retraumatisierungen. Dies hat nicht nur mit der Infektionsgefahr und Quarantänemaßnahmen zu tun. Es ist auch die Aussetzung behördlicher Verfahren z.B. zum Familiennachzug und der Erlangung von Aufenthaltstiteln sowie die Kündigung von Arbeitsverhältnissen und damit verbundene Ungewissheit und Perspektivlosigkeit, die Bewohner*innen das Leben schwer macht. Die Fachkräfte selbst sind vielfach an der Belastungsgrenze.

[Welche Hindernisse bestehen im Kampf gegen die Ausbreitung des Corona-Virus und wie kann mit Infektionen umgegangen werden?](#)

Nur in 22% der Einrichtungen, aus denen berichtet wird, kann der Mindestabstand von 1,5 Metern räumlich überhaupt eingehalten werden. In allen anderen Fällen sind Mehrbettzimmer, gemeinsam genutzte Küchen und Bäder oder Büros und Flure so eng, dass sich Mitarbeiter*innen und Bewohner*innen nicht effektiv schützen können. Außerdem fehlt es in der Mehrheit der Einrichtungen an Schutzmasken sowie vielfach an Desinfektionsmitteln für Hände und Flächen, an Einmal-Handschuhen und ganz banal an Seife.

[Werden Risikogruppen ausreichend geschützt? \(Menschen über 60 oder Personen mit Vorerkrankungen\)](#)

Nein. In der überwältigenden Mehrheit der berichteten Fälle gibt es keinen Schutz (oder er war den Befragten nicht bekannt). Weniger als 20% der Einrichtungen sehen besondere Maßnahmen vor. Einzelne Befragte berichten davon, dass auf Gefährdungen hingewiesen wurde, aber die für die Unterbringung zuständigen Behörden untätig bleiben. Auch ist eine räumliche Trennung oft nicht möglich (s.o.).

[Unter welchen Bedingungen machen Kinder und Jugendliche ihre Schulaufgaben?](#)

Die Bedingungen für Home Schooling in Sammelunterkünften sind denkbar schlecht: In weniger als einem Drittel der Einrichtungen erhalten Schulkinder ausreichend Unterstützung bei ihren Schulaufgaben nach Einschätzung der Befragten; in weniger als 20% gibt es Zugang zu geeigneten Computern und in weniger als 30% der Fälle haben sie überhaupt genug Platz, um ungestört ihre Aufgaben zu erledigen.

[Wie werden die Fachkräfte zu dieser Krisenzeit in ihrer Arbeit unterstützt? \(Arbeitsbedingungen\)](#)

Zwei Drittel der Befragten melden zurück, dass es ihnen oder ihren Kolleg*innen möglich ist, von zu Hause zu arbeiten. Jedoch sagt nur knapp ein Viertel, dass Notbetreuung für Kinder der in ihrer Einrichtung Tätigen zur Verfügung steht. Circa ein Viertel sagt weiterhin, dass sich der Krankenstand in ihrem Team seit Beginn der Pandemie erhöht hat. Fast 80% der Befragten geben an, dass vormals in ihrer Einrichtung tätige Ehrenamtliche nun nicht mehr kommen.

Dennoch berichten über 70% der Survey-Teilnehmer*innen, dass sie ihre wichtigsten Beratungs- und Betreuungsaufgaben weiterhin erfüllen können. Die Schwerpunkte sind hierbei jedoch sehr unterschiedlich und reichen von der Unterstützung bei Einhaltung von Mitwirkungspflichten, die den Bewohner*innen von Behörden auferlegt werden, bis zu psychischer Stabilisierung und Hausaufgabenhilfe. Vielfach wird nun per Telefon, Videokonferenz und sogar per Einwurfpost beraten. In den meisten Fällen kommt die Sensibilisierung für Infektionsschutz als Inhalt der sozialen Arbeit hinzu, der andere Belange überlagert.

Befragte im O-Ton

„Neben der allgemein höheren Arbeitsbelastung gibt es auch im Privaten durch Corona Unsicherheiten bzw. konkrete Folgen, die eine zusätzliche Belastung und keine Erholung im Feierabend bringen. Dadurch habe ich den Eindruck, dass Viele im Team sehr nahe an ihren persönlichen Belastungsgrenzen, wenn nicht sogar darüber, sind.“ - Fachkraft in einer städtischen Sammelunterkunft in Baden-Württemberg

„Vor allem die Beschulung stellt uns vor große Herausforderungen, nach einer Corona-Welle in der Gruppe, die Team und Bewohner*innen getroffen hat, war erst mal auch die Betreuung grundsätzlich gefährdet... wir tun was wir können, jeden Tag anders.“ - Fachkraft in einer Wohneinrichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bayern

„Wir haben einige Corona-Fälle und befinden uns täglich in neuem Ausnahmezustand: Unterbringung, externe Quarantäne, wie und womit wird der Transport dorthin organisiert, was passiert mit der Post, die die Bewohner nicht fristgerecht erreichen kann, was ist mit Selbstschutz – es gibt keine adäquaten Schutzmaßnahmen für uns als ständige Kontaktpersonen, wie soll in einer Gemeinschaftsunterkunft der Mindestabstand eingehalten werden etc. Ich fühle mich von meinem Träger, den Verantwortlichen im Landkreis/Gesundheitsamt im Stich gelassen.“ - Fachkraft in einer kleineren Sammelunterkunft in Brandenburg

„Es gab eine Quarantäne und seitdem wurde das Team der Sozialarbeitenden ins Home Office entlassen, die sonstigen Mitarbeiter der Unterkunftsbetreiber auf ein Minimum reduziert und die Bewohnenden sich selbst, bzw. der Polizei, und der Ausländerbehörde inkl. Sicherheitsdienst überlassen. Es gab kurze "Aufklärung" auf Deutsch und unterirdischem English, seitens des Ausländerbehördenchefs, und sonst wurde die Bewohnenden von der Polizei und dem Sicherheitsdienst angeschrien wenn sie draußen Wäsche aufhängen wollten oder sich im Freibereich der Unterkunft aufhalten wollen, sie sollen wieder reingehen, in den zwei Wochen haben lediglich Ehrenamtliche via Telefon sich um die sozialen Belange der Bewohnenden bemüht.“ - Fachkraft in einer mittelgroßen Sammelunterkunft in Sachsen-Anhalt

Forderungen

Aufgrund der erhobenen Informationen fordert der DBSH Verantwortliche bei Trägern, die Sammelunterkünfte betreiben, und Landesbehörden, die die Unterbringung von geflüchteten Menschen regeln (sowie ggf. das Bundesinnenministerium), dringend auf, das Folgende umzusetzen:

1. **Tragfähige Arbeitsbedingungen für Fachkräfte:** realistische und berufsethisch vertretbare Aufgabenzuteilungen, Zugang zu Kindernotbetreuung, Supervision bzw. anderweitiger Ausgleich der besonderen Belastung.
2. **Infektionsschutz für alle:** Besondere Schutzbedarfe durch Vorerkrankungen erheben und durch entsprechende Maßnahmen (Verlegung, Ermöglichung räumlicher Trennung) sicherstellen, dass alle Bewohner*innen sich schützen können, insbesondere Angehörige von Risikogruppen. Ausreichende Schutzausrüstung für Bewohner*innen und Fachkräfte bereitstellen.

3. **Vollumfängliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am Distanz-Unterricht:** Unterstützung durch Hilfslehrpersonal, IT-Ausstattung und ruhige Räumlichkeiten, in denen der Mindestabstand eingehalten werden kann.
4. **Sicherstellung grundrechtskonformer räumlicher Kapazitäten:** Wenn Infektionsschutz aller Bewohner*innengruppen und Bildungsbedarfe nicht zu realisieren sind, müssen solche Sammelunterkünfte aufgelöst werden, die die Einhaltung von Grundrechten nicht zulassen. Die Bewohner*innen müssen dezentral in Wohnungen oder zumindest kurzfristig in Hotels unterkommen.